

Weißeritz-Zeitung

Tageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. U.

Kellerei Seltung des Bezirks

Bezugspreis: Vierteljährlich 25 M., ohne Zusatzen. — Einzelne Nummern 20 M. — Fernsprecher: Amt Dippoldiswalde Nr. 3. Gemeindevorstand-Strohkonto Nr. 3. — Postkontokonto: Dresden 12548.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Dippoldiswalde

Anzeigenpreise: Die hochgehaltene Zeitungs- und Anzeigenschrift, außerhalb der Amtshauptmannschaft: 1/2 Pfg., im amtlichen Teil (nur von Behörden) die Zeile 200 Pfg. — Einzelne und Reklamen 200 Pfg.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Jehne. — Druck und Verlag: Carl Jehne in Dippoldiswalde.

Nr. 83

Freitag den 7. April 1922

88. Jahrgang

Amtliche Bekanntmachung.

Der aufsichtsbehördlich genehmigte II Nachtrag zur biesigen Wasserleitungsordnung (Erhöhung der Anliegerbeiträge betr.) liegt 14 Tage lang zur Einsichtnahme im Rathause, Zimmer Nr. 14, aus.
Stadtrat Dippoldiswalde, am 5. April 1922.

Vertilgung und Sächsisches

Fürsorge für landwirtschaftliche Arbeitskräfte. Die Nachrichtenstelle der Staatskanzlei schreibt: Am 1. April haben die vom Landesamte für Arbeitervermittlung angestellten Fürsorgerinnen für landwirtschaftliche Arbeitskräfte in den Kreisamtsbezirken Dresden und Leipzig ihre Tätigkeit aufgenommen. Der Dienst der Fürsorgerinnen ist bei dem Zentralarbeitsnachweis Dresden bezw. dem städtischen Arbeitsamt Leipzig. Der Dienstbezirk Dresden umfaßt die ganze Kreisamtsbezirk Dresden mit Ausnahme der Amtshauptmannschaft Rochlitz, deren Anschließung für die vorliegenden Aufgaben an den Bezirk der Kreisamtsbezirk Chemnitz vorgesehen ist. Voraussichtlich werden am 15. April auch in den übrigen Kreisamtsbezirken die Fürsorgerinnen ihre Arbeit aufnehmen können. Das Ziel der Fürsorgetätigkeit ist: in enger Zusammenarbeit mit den Arbeitsnachweisen, den Berufsverbänden der Landwirtschaft, sowie allen von Fall zu Fall in Frage kommenden Wohlfahrtsvereinen durch Prüfung der landwirtschaftlichen Arbeitsstellen und Abstellung von Mängeln in bezug auf Unterkunftsverhältnisse, Verpflegung, Behandlung usw. eine laufende Betreuung landwirtschaftlicher einheimischer Arbeitskräfte einzurichten und durch allmähliche Ausgliederung der für deutsche Landarbeiter nicht geeigneten Bedingungen der Lebenshaltung an zeitgemäße berechnete Forderungen ein beide Teile des landwirtschaftlichen Arbeitsvertrages befriedigendes, festes Arbeitsverhältnis zu schaffen. Jeder Erfolg auf diesem Wege wird eine Minderung des Mangels an Arbeitskräften bedeuten, unter dem die Landwirtschaft leidet, und somit dazu beitragen, die notwendige Ernährung der Volksgemeinschaft zu sichern.

Alle Fahrkarten lösen lassen! Nach einer Zeitungsmeldung werden vom 1. April an bei der Kontrolle alle Fahrkarten, die nicht das Kochzeichen der Reiseantrittsstation tragen, als ungültig behandelt.

Die von der Landesbrandversicherungsanstalt im Brandfalle zu zahlende Entschädigung beträgt mit Wirkung ab 15. März das 25 fache der Friedensversicherungssumme. Der Feuerzuzuschlag beträgt also 2400%. Vor dem 15. März festgesetzte Schadensvergütungen werden nur mit dem 18 fachen vergütet.

Oberhäslich. Am Dienstag hielt der Frauenverein Reinholdshain im hiesigen Gasthause einen recht gut besuchten Familienabend ab, der als wohlgeleitete bezeichnet werden darf. Er wurde durch gemeinsamen Gesang und herzlichste Begrüßungsworte des Herrn Superintendenten Michael eingeleitet. Schulkinder und Jungfrauen trugen mit guter Betonung verschiedene Gedichte vor, während der Jungfrauenverein und ein Chor von Schulkindern abwechselnd durch fröhlichgelungene Volkslieder erfreuten. Herr Pastor Rosen trug tönend 2 Sätze für Cello vor, wozu ihn Frä. Sellriegel auf dem Harmonium verständnisvoll begleitete. Im Mittelpunkt des Abends stand der Vortrag des Herrn Sup. Michael: „Die Frau, die Seele des Hauses“. In seinen lebenswahren Ausführungen zeigte der Vortragende die ausschlaggebende Bedeutung der Frau für die Kindererziehung innerhalb der Familie und das ganze häusliche Glück, aber mit seinem Humor auch die Grenzen, die dem weiblichen Einflusse gezogen sind oder doch gezogen sein sollten. Eine Geschenkverlosung erbrachte 428,75 M., eine Sammlung zum Besten der evang. Woiwaga-Deutschen 300 M.

Großhölle. Am Donnerstag fand wiederum ein von der Lehrerschaft einberufener Elternabend statt, der sich mit der Wahl eines Elternrats befaßte. Nach Erläuterungen durch den Vorsitzenden, Schulleiter Richter, über Zweck und Nutzen des Elternrats folgte die Abstimmung, die 70 Stimmen für und 18 gegen die Wahl ergab. Der Elternrat soll aus neun Mitgliedern bestehen. Es wurde ein Wahlausschuß gewählt. Beim Bericht über das neue Schuljahr gab der Vorsitzende bekannt, daß der schon lange gewünschte fünfte Lehrer vom Ministerium bewilligt wurde und Lehrer Matthäus sein Lehramt am 1. April niederlegte. Ab Ostern soll der neue Lehrplan der Reuzzeit entsprechend aufgestellt und der Heimat-

kunde, dem Zeichnen usw. mehr Beachtung geschenkt werden. In der Diskussion wurden verschiedene Wünsche vorgebracht, denen die Lehrerschaft nachzukommen verspricht.

Dresden. Wie verlautet, wird in Landtagskreisen eine neue Erhöhung der jetzt 30 000 M. betragenden Aufwandsentschädigung für die Landtagsabgeordneten betrieben. Es ist damit zu rechnen, daß eine entsprechende Vorlage noch vor dem Beginn der Osterferien im Landtage eingebracht wird. In Aussicht genommen ist eine Erhöhung der Aufwandsentschädigung um 1000 M. für den Sitzungsmonat.

— Neuer Kredit für die Bewirtschaftung der Staatsgüter. Eine am Mittwoch dem Landtage zugegangene Regierungsvorlage fordert die Ermächtigung der Regierung, zur Aufnahme eines Kredits von 6 Millionen Mark für die Bewirtschaftung der landwirtschaftlichen Betriebe des Wirtschaftsministeriums über die für den gleichen Zweck im Staatshaushaltsplan für 1922 schon eingelegten 8 520 000 M. hinaus. Zur Deckung des im Hinblick auf die anhaltende Steigerung aller Preise als besonders dringlich bezeichneten Geldbedarfs sollen Darlehen bei den drei landwirtschaftlichen Instituten Sachsens unter hypothekarischer Verpfändung der bewirtschafteten Güter aufgenommen werden.

— Nachdem der 1. Mai und der 9. November nach der Regierungsvorlage zu gesetzlichen Feiertagen bestimmt worden sind, haben sich die Fraktionen der Deutschnationalen Volkspartei und der Deutschen Volkspartei entschlossen, einen Antrag einzubringen: „Der Landtag wolle beschließen: Der Landtag wird aufgelöst!“ Damit rufen die beiden Rechtsparteien des Landtages die Wählerschaft des Landes zu einer Entscheidung auf. Die Vorgänge am Mittwoch im Landtage bei der Verhandlung des Justizetat beweisen aufs neue die Unhaltbarkeit der Verhältnisse in Sachsen. Die Kommunisten hatten zuerst den Justizetat abgelehnt, erklärten aber einige Stunden später ihr Verhalten als einen Irrtum und bekundeten die Ablicht, das Gehalt des Justizministers bewilligen zu wollen, eine Erklärung, die geschäftsordnungsgemäß nicht angenommen werden konnte.

— Tschechische Staatsangehörige bemühen sich in letzter Zeit, in Dresden und anderwärts Grundstücke zu kaufen. Der hohe Kronenkurs reizt dazu. Verschiedentlich wurde die behördliche Genehmigung verweigert, in anderen Fällen ein Valutazuschlag verlangt.

— 50 Meißner Juchtschweine werden am 3. Mai in Meißen verfestigert.

— Weit über 100% Dividende mehr als im Vorjahre. Das Sachsenwerk Licht und Kraft niedersiedlich bei Dresden zahlte für das abgelaufene Geschäftsjahr seinen Aktionären nicht weniger als 14 080 000 M. Dividende (im Vorjahre 8 400 000 M.). Also weit über 100% mehr! Die Tanklennen, Rücklagen, Abschreibungen usw. dürfen ebenfalls sehr erhebliche Summen betragen, so daß man sich ungefähr ein Bild machen kann von den Riesengewinnen dieses Werkes.

Dohna. Einen bemerkenswerten Beschluß faßte der hiesige Gemeinderat. Danach sind zuziehende unverheiratete Personen gleich bei der Anmeldung zu verständigen, daß sie unter 10 Jahren keine Aussicht haben, eine Wohnung zu erlangen, wenn die miltlichen Wohnungsverhältnisse weiter andauern.

Pirna. Im „Pirnaer Anzeiger“ lesen wir u. a.: Das kürzlich gefeierte Stiftungsfest des Männergesangsvereins von Weichitz erfreute sich eines guten Besuchs. Der gesangliche Teil des Programms wurde durch Tabakqualm sehr beeinträchtigt; einige der Festteilnehmer hielten es sogar für angebracht, mit langen Pfeifen zu erscheinen. (Da fehlte nur noch der Schlafrock.)

Leipzig. In den letzten Monaten verhafteten die deutschen Behörden an den Grenzen zahlreiche Reisende, die mit falschen Pässen ausreisen wollten. Trotzdem die Dienststellen die amtlichen Stempel nach geheimen Verabredungen oft veränderten, wurden immer wieder Besitzer falscher Pässe erfaßt, die die erst eben wieder eingeführten Änderungen aufwiesen. Die Festgenommenen vertieten nichts, sondern erklärten nur, daß ihnen ein unbekannter Berliner die Pässe für 1500 M. verkauft habe. Die politische Abteilung der Berliner Polizei entdeckte zufällig in einem Hause Reukölln einen regen Fremdenverkehr. Am Sonnabend nahm man dort alle Fremden fest und entdeckte bei allen falsche Pässe und amtliche Bescheinigungen aller Art. Sie stammten nämlich von einem „Generaldirektor“ Hauser, der vor einem halben Jahre ohne einen Pfennig Geld aus dem Osten nach Berlin gekommen war. Durch einen Gummistempelarbeiter hatte er sich Amtsstempel und Formulare anfertigen lassen und diese nun verkauft. Das Geschäft ging so gut, daß er

balb Agenten anstellte und eine Filiale in Charlottenburg eröffnete. Seine Vertreter erhielten 10% der Einnahmen, wobei ihnen monatlich mindestens 20 000 M. garantiert wurden. Hauser ernannte sich bald zum Generaldirektor und eröffnete Zweigstellen in Leipzig, Düsseldorf, Hannover und Aachen. Er reiste nur Schlafwagen 1. Klasse und verhandelte mit den Provinzverkefren in den ersten Hotels. Bald hatte er auch Schmeisergesellschaften in Brüssel, London, Paris, Warschau und Kopenhagen eingerichtet. Kurlere fuhrten ununterbrochen hin und her, und ein besonderer Schuttdienst und ein Ueberwachungsdezernat sorgte für Schutz vor Nachstellungen der Behörden. Als man Hauser festnehmen wollte, war er vertrieben, angeblich nach Leipzig. Die dortige Polizei verhaftete nun, wie das „Leipziger Tageblatt“ meldet, die Leipziger Filialleiter und beschlagnahmte Geld, Dokumente und Stempel. Am Sonntag telephonierte Hauser aus Lichtenfelde nach seiner Zentrale und fragte, warum ein verabredetes Signal nicht komme, zum Zeichen, daß alles in Ordnung sei. Ein Kriminalbeamter versuchte sich zu verstellen, aber Hauser hingte schnell ab. Als er am Montag jedoch auf seiner Bank erschien, um vor der Flucht sein Geld abzuheben, konnte er verhaftet werden. Es stehen noch zahlreiche Verhaftungen bevor.

Schöneck. Mit 10 gegen 8 Stimmen beschloß der Stadtgemeinderat, Bürgermeister Dr. Lange in Anerkennung seiner Verdienste um die Stadt auf Lebenszeit zu wählen.

Kirchberg. Ein für die Gemeinde Kirchberg denkwürdiger Tag war der 1. April, an dem die Eingemeindung von Kirchberg nach Lugau Tatsache wurde. Der feierliche Akt wurde im Saale des Heilmannschen Gasthofes in Kirchberg vollzogen. Erschienen waren die Gemeindevorstände Rauner, Kirchberg, und Knoth, Lugau, ferner Vertreter der beiden Gemeinderäte usw. Gesang und Begrüßung eröffneten die Feier, worauf die Verpflichtung der Kirchberger Gemeindeangehörigen erfolgte. Der Amtshauptmann verpflichtete den bisherigen Gemeindevorstand Rauner als Verwaltungsinpektor und 1. stellvertretenden Standesbeamten von Lugau. Er überbrachte die Glückwünsche der Amtshauptmannschaft und zollte Gemeindevorstand Rauner anerkennende Worte für seine Tätigkeit. Anlässlich der Eingemeindung wurde an sämtliche Unterstützungsempfänger von Kirchberg und Lugau eine Festgabe von 20 M. je Kopf ausgezahlt. Die Einwohnerzahl erhöht sich auf über 10 000.

Schöneheide. Strafmaßnahmen sind gegen zwei hiesige Hausbesitzer ergriffen worden, die trotz freistehender Wohnungen die ihnen zugewiesenen Obdachlosen des letzten Brandes nicht aufgenommen haben.

Schneeberg. Hier gibt es zurzeit keine Erwerbslosen mehr.

Oberwiesenthal. Der hiesige Stadtgemeinderat hat die Errichtung einer Zentralschule geplant.

Ebersbrunn. Bei der Beratung des Haushaltes der Gemeinde sind 50 000 M. für das kommunale Beerdigungswesen mit 8 gegen 5 Stimmen eingesetzt worden.

Löbau. Der Bezirksausschuß der Amtshauptmannschaft Löbau hat 60 000 M. als Beitrag zu den Kosten der Real- bezw. Oberrealschule in Löbau zur Verfügung gestellt.

Sächsischer Landtag.

Als der Landtag am Mittwoch vormittag 11 Uhr zu seiner vorletzten Sitzung vor den Osterferien zusammentrat, ahnte der Tribünenbesucher noch nicht, daß die heutige Sitzung eine verhängnisvolle Bedeutung für die sächsische Politik erhalten würde. Die Sitzung begann mit jurischgeheilten Abstimmungen. Der Etat des Justizministeriums wurde mit den Stimmen der Bürgerlichen und der Kommunisten abgelehnt. Daraufhin wird morgen ein Ministerrat stattfinden, der über die durch diese Abstimmung geschaffene Lage beraten wird. Es sind Stimmen vorhanden, die mit einem Rücktritt des Justizministers rechnen, wenn er nicht von seiner Partei zum Weiben veranlaßt wird. Ja, selbst die Frage der Auflösung des Landtages ist in sichtbare Nähe gerückt. Warten wir ab, was die folgenden Tage dem Volke in dieser Angelegenheit bescherten werden. Erbt der Justizminister im Landtage eine Niederlage, so konnte das Wirtschaftsministerium mit der Zustimmung im Hause zufrieden sein. Der Etat des Wirtschaftsministeriums wurde angenommen, wenn auch nur mit der üblichen „überaus großen Mehrheit der Linken“ des Hauses. Zum dritten Male beschäftigte sich darauf das Haus mit der Feiertagsfrage. Eine ganze Rednergarnitur hat sich auch heute wieder zum Wort gemeldet. Abg. Wagner (D. V.) bezeichnete den 1. Mai als einen Tag des Klassenkampfes und den 9. November als Tag der deutschen Geschichte. Einen solchen Tag zum Feiertag zu machen, sei für den, der sein Volk liebe, undenkbar. Auch der volksparteiliche Abg. Häber, dem man wegen seines Fernbleibens der letzten Landtagssitzung eine bezeichnende Stellungnahme für die Feiertage andichtete, gab auch heute seiner Meinung dahin Ausdruck, daß zur Sache nichts mehr zu sagen sei. Der Standpunkt der Deutschen Volkspartei sei aus früheren Beratungen genau bekannt. Die Linke setzte sich wiederum für die Feiertage mit aller Energie ein. Die Abstimmung ergab dann auch bei Annahme